

Handbuch Versammlungsrecht

Peters / Janz

2. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-77035-7
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Peters/Janz
Handbuch Versammlungsrecht


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Handbuch Versammlungsrecht

Versammlungsfreiheit, Eingriffsbefugnisse,
Rechtsschutz

Herausgegeben von

Dr. Wilfried Peters

Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Berlin
Lehrbeauftragter an der
Juristischen Fakultät der Universität Potsdam

und

Prof. Dr. Norbert Janz

Ministerialrat, LRH Brandenburg
Apl. Professor an der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Auflage

2021





beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 77035 7

© 2021 Verlag C.H. Beck oHG

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH

Crimmitschauer Straße 43, 08058 Zwickau

Satz: 3w+p GmbH, Rimpar

Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 2. Auflage

Sechs Jahre sind seit der 1. Auflage vergangen – und niemand hätte es 2015 für möglich gehalten, wie massiv unter dem Eindruck der COVID-19-Pandemie in viele Grundrechte in Deutschland eingegriffen wird. Das Infektionsschutzgesetz des Bundes dient dabei als umstrittene Ermächtigungsgrundlage.¹ Die Pandemie mit ihren verschiedenen Lockdowns hat nicht zuletzt bei der Versammlungsfreiheit die Axt angelegt. Die Beschränkungen reichen bis hin zu absoluten und flächendeckenden Versammlungsverboten, wie bei Pandemiebeginn im Frühjahr 2020 und zum Jahreswechsel 2020/2021 rund um das Brandenburger Tor in Berlin. Ein solches grundrechtliches Krisenszenario war bis dato eigentlich nur in rechtsstaatsreduzierten autoritären Staaten denkbar. Davon ist Deutschland – Gott (und auch Art. 1 Abs. 3 und Art. 20 GG) sei Dank – 2021 weit entfernt!

Die Versammlungsdemokratie des Grundgesetzes ist nicht tot. Vielmehr lebt Art. 8 GG als unverändert klassisch-analoges und unbequemes Grundrecht. Aktuelle Themenstellungen wie der Klimaschutz oder die Proteste gegen die Corona-Schutzmaßnahmen mobilisieren weiterhin tausende Bürgerinnen und Bürger, auf die Straße zu gehen. Die politische und gesellschaftliche Diversität nimmt zu. Ferner scheint die Berichterstattung in den „klassischen“ Massenmedien und auf den Social-Media-Kanälen intensiver als früher zu sein und so weiteres Versammlungsgeschehen noch anzuregen. Dabei blieb 2020 die Bundeshauptstadt Berlin auch die unangefochtene Hauptstadt der Demonstrationen mit exakt 5857 durchgeführten Versammlungen und Aufzügen. Angemeldet waren sogar 7700 Veranstaltungen.² Ebenso andernorts fand sich ein erhöhtes Versammlungsgeschehen.³

Als zwiespältiger Höhepunkt kann die „Querdenker“-Demonstration am 29.8.2020 vor dem Reichstag gelten. Aber auch in vielen anderen Städten fanden Versammlungen statt, deren Dynamik sich von ursprünglich friedlich-zurückhaltend zu aggressiv-auflagenignorierend veränderte. In singulärer Weise bringt die pandemiegeprägte Ausnahmesituation Menschen auf Demonstrationen zusammen, die eigentlich kaum etwas miteinander verbindet: So versammeln sich berufsständisch organisierte Protestierende und Elterninitiativen mit Rechtsextremen, Fundamentalchristen, sog. Reichsbürgern, Verschwörungstheoretikern und Esoterikern. Soziologisch dürfte hier ein ertragreiches künftiges Forschungsfeld vorliegen. Und hinsichtlich der versammlungsrechtlichen Auflagen ist das Verwenden eines Mund-Nase-Schutzes oder das Einhalten des Abstandsgebotes neuartig. Darüber hinaus entwickeln sich immer wieder neue Versammlungsformen wie etwa die erste Demonstration auf Schienen: 21 Lokomotiven privater Güterbahnen fuhren am 28.9.2020 mit ihren sehr lauten Signalhörnern weithin wahrnehmbar durch Berlin, um gegen eine Bevorzugung der Deutschen Bahn zu protestieren.⁴

Auch einfachgesetzlich gibt es Neuerungen zu vermelden. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat in diesem Jahr das Versammlungsfreiheitsgesetz verabschiedet und damit die föderale Legislativvielfalt bereichert. In Nordrhein-Westfalen macht sich der Landtag an die versammlungsrechtliche Arbeit; bis Druckschluss lag jedoch noch kein fertiges Gesetz vor. Das in der 1. Auflage noch angekündigte baden-württembergische Versammlungsgesetz ist hingegen nicht in Kraft getreten.

Kurzum: Art. 8 GG erweist sich aufs Neue als ein rechtstatsächlich höchst dynamisches Grundrecht innerhalb eines weitgehend identischen rechtlichen Rahmens. Anders als beim Infektionsschutzgesetz sind versammlungsrechtlich keine unitarisierenden Tendenzen –

¹ Überblickartig zur infektionsrechtlichen Generalklausel *Kersten/Rixen*, Der Verfassungsstaat in der Corona-Krise, 2020, 36 ff.

² DER SPIEGEL 10/2021, S. 22.

³ ZB in Brandenburg, dazu iE der Überblick in der Antwort der Brandenburger Landesregierung v. 30.6.2020 auf die Kleine Anfrage Nr. 551, LT-Drs. 7/1603.

⁴ FAZ v. 29.9.2020, S. 20.

etwa durch Rückholung der Bundesgesetzgebungskompetenz – auszumachen. Die Versammlungsfreiheit bleibt weiterhin en vogue und dient unverändert als Gradmesser für einen intakten Rechtsstaat.

Das vorliegende Handbuch soll angesichts der Ereignisse mehr denn je das gesamte Versammlungsrecht vermessen und handhabbar machen. Der Aufbau wurde beibehalten. Die 2. Auflage schreibt die Neuerungen in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Wissenschaft fort und legt dabei besonderes Augenmerk auf die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie. Nachgehend zu den verschiedenen Corona-Eindämmungsverordnungen entwickelte sich eine ganz eigene anschwellende Pandemierechtsprechung, die vor allem mittels der temporalisierten Verhältnismäßigkeitsprüfung einiges wieder ins verfassungsrechtlich zulässige Lot rückte. Exemplarisch sei an dieser Stelle auf die Pandemieergänzungen von *Mathias Hong*⁵ hingewiesen.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum sind bis zum April 2021 berücksichtigt.

Herausgeber und Verfasser danken dem C.H.Beck Verlag wieder für die großzügige Unterstützung. Ohne die erneut vorbildliche Hilfestellung von Frau *Dr. Katja Habertzell* hätte das Buch nicht erscheinen können. Die Herausgeber sind darüber hinaus den einzelnen Verfassern zu großem Dank für ihre engagierte und zuverlässige Mitarbeit sowie nicht zuletzt für die Einhaltung des strikten Zeitmanagements verpflichtet. Neu im Autorenteam begrüßen wir *Oliver Tölle*, der mit seiner ausgewiesenen polizei- und ordnungsrechtlichen Expertise das Landesrecht en détail darstellt.

Hinweise werden wieder gern unter peters30@live.com oder janz@uni-potsdam.de entgegengenommen.

Berlin/Rostock, im April 2021

*Wilfried Peters
Norbert Janz*



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

⁵ Abschnitt B, Rn. 78a bis 78 l.

Vorwort zur 1. Auflage

Die Versammlungsfreiheit des Art. 8 GG und ihre Inanspruchnahme ist auch im Jahr 2015 – trotz aller modernen Kommunikationswege – die wichtigste Möglichkeit für den Einzelnen, sein politisches Anliegen unmittelbar und mit hohem Aufmerksamkeitsgrad in die Öffentlichkeit zu bringen. In der Gruppe von Versammlungsteilnehmern sichert der Bürger damit die unverändert exzeptionelle Bedeutung der Versammlungsfreiheit im grundgesetzlichen Gefüge der Grundrechte. Die repräsentative Demokratie des Grundgesetzes ist eben auch (und gerade!) eine Versammlungsdemokratie.¹

Das Recht der Versammlungen beinhaltet eine Vielzahl von Eigenarten, welches es im Vergleich mit anderen verwaltungsrechtlichen Gebieten als Solitär erscheinen lässt. So korrespondiert eine mittlerweile überaus enge Rechtsprechungskasuistik einerseits (notabene?) mit einer erstaunlich geringen legislativen Regelungsdichte andererseits. Kein anderes Rechtsgebiet dürfte darüber hinaus einen derart dominanten Eilrechtsschutz wie das Versammlungsrecht aufweisen. Zudem hat das sich krakenähnlich ausbreitende EU-Recht hier bisher weder primär- noch sekundärrechtlich einen nennenswerten Einfluss auf die nationale Rechtsanwendung.

Das Grundrecht der Versammlungsfreiheit selbst im Art. 8 GG ist auch nach 66 Jahren unter dem Geltungsregime des Grundgesetzes unverändert geblieben. Das seit 1953 bestehende VersG des Bundes zeigt sich dagegen bei weitem nicht so statisch. Auffallend wellenförmliche legislative Aktivitäten führten zu insgesamt zwölf Änderungen; zuletzt wurden 2008 Befriedete Bezirke für Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht gebildet.² Zudem kontrastiert fehlende Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte mit umfangreicher Judikatur des Bundesverfassungsgerichts.

Rechtstatsächlich gilt es zu erkennen, dass der schlechthin für das Gemeinwesen konstituierende Charakter des Art. 8 GG wesentlich darauf beruht, dass ganz überwiegend Minderheiten jeglicher Art von ihrem Recht auf Versammlungsfreiheit Gebrauch machen. Wie so oft ist Grundrechtsschutz ein Minderheitenschutz – das gilt für die Versammlungsfreiheit in besonderem Maße. Gerade deswegen ist Vorsicht gegenüber Einschränkungen geboten. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts legt hiervon beredt Zeugnis ab. Der zu Recht hochgelobte Hüter der Verfassung hat seinen Ruf nicht zuletzt durch seine versammlungsfreundliche Judikatur erworben.

Art. 8 GG ist ein störrisches Grundrecht und damit auch immer eine Blaupause für einen intakten Rechtsstaat. Die Belastungen eines gelebten Art. 8 GG können enorm sein. Die Inhaber von Geschäften an demonstrationserprobten Orten wissen schmerzhaft um spürbare Umsatzrückgänge etwa aufgrund allsonnabendlicher Versammlungsdurchführungen. Es ist dem Wesen der Versammlungsfreiheit eigen, dass die Beeinträchtigungen in der Regel zu Lasten derjenigen erfolgen, die eben nicht am Versammlungserfolg teilhaben, wie eben Anrainer und Verkehrsteilnehmer sowie – nicht zuletzt – die Allgemeinheit aufgrund der Ausgaben für Sicherheit, Müllentsorgung etc.

Die unterschiedlichen Versammlungsformen (zB Sitzblockaden, Love und Fuck Parade, Blade-Nights, Flashmobs), Versammlungsanlässe (zB 1.5. in Berlin, NPD am 27.1., Oktober-/Novemberdemonstrationen 1989) und Versammlungsorte (zB Brokdorf, Halbe, Wunsiedel, Flughafen Frankfurt/Main) zeigen über Jahrzehnte hinweg die Dimension dieses Grundrechts. Ganz aktuelle Fragestellungen befassen sich etwa mit den totalen Dresdener Versammlungsverboten im Umfeld von Pegida-Veranstaltungen oder rein virtuellen Online-Versammlungen. Ebenso spiegeln Geschehnisse außerhalb Deutschlands wider, wie sehr das Versammlungsrecht Ausdruck und Motor von neuen Entwicklungen oder gar

¹ Graf Kielmansegg, Die Grammatik der Freiheit, 2013, 47, 82, 108.

² BGBl. I 2366.

Umstürzen sein kann. Die erstaunliche Wirkmacht von Versammlungen war jüngst etwa im sogenannten Arabischen Frühling zu beobachten.³

Seit Jahrzehnten ist Berlin die unbestrittene Hauptstadt der Demonstrationen: 2014 gab es rund 5.000 angemeldete Versammlungen, das waren so viel wie in keiner anderen deutschen Stadt und 1/4 mehr Veranstaltungen als noch im Jahr 2010.⁴ Im Internetzeitalter ist offenbar die Demo-Begeisterung ungebrochen. Zudem ist die Organisation im Vergleich zu früher viel leichter geworden: Auf einschlägigen Plattformen und Foren lässt sich im Netz ohne Zeitverzögerung massenhaft zu Kundgebungen aufrufen. Und die Anmeldung nach § 14 VersG ist unkompliziert online zu erledigen.⁵

Kurzum: Das Versammlungsrecht ist und bleibt en vogue. Der anhaltende gesellschaftliche und technische Wandel lässt einen Stillstand bei dieser besonders entwicklungs-offenen und -fähigen Rechtsmaterie nicht erwarten. Die Versammlungsfreiheit gewährleistet nach wie vor – eines bekannten Diktums *Hesses* zufolge – „ein Stück ursprünglicher ungebändigter unmittelbarer Demokratie“.⁶

„Das „Handbuch Versammlungsrecht“ soll dazu beitragen, fußend auf den historischen Erfahrungen und mit den Kenntnissen von heute, den Herausforderungen von morgen gerecht zu werden. Die Versammlungsfreiheit ist ein altes Recht mit klassischen Fragen, die sich immer wieder neu stellen.

Konkret wollen die Verfasser mit diesem Handbuch zeitlich wie inhaltlich einen großen Brückenschlag unternehmen. Dies soll nicht zuletzt der Untertitel des Buches „Versammlungsfreiheit, Eingriffsbefugnisse, Rechtsschutz“ verdeutlichen. Es handelt sich also nicht um einen Kommentar des VersG, erst recht nicht um einen solchen des reinen Bundesrechts. Vielmehr soll das gesamte Versammlungsrecht einschließlich seiner verfassungsrechtlichen, supranationalen, strafrechtlichen, prozessualen und auch geschichtlichen Um-
hegung vermessen werden. Hierfür schien den Herausgebern der Buchtypus eines Handbuchs besonders geeignet zu sein.

Nach einer historischen Einführung, die nationale und internationale Entwicklungslinien aufzeigt, werden die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Versammlungsfreiheit analysiert. Dabei werden Bundes- und Landesebene unterschieden. Ihnen zur Seite stehen Europäische und Internationale Gewährleistungen. Sodann findet sich eine umfassende Darlegung der einfachgesetzlichen Ausgestaltung im Bundesrecht, die von der Skizze der landesrechtlichen Lage ergänzt wird. Für den Rechtsanwender besonders von Interesse dürfte der folgende Abschnitt über versammlungsrechtliche Pflichten und Verbote sein. Ebenso praxisrelevant sind die umfangreichen Ausführungen über die einschlägigen Eingriffsermächtigungen. Besonderes Augenmerk wird bei dem Handbuch auf den gerichtlichen Rechtsschutz gelegt. Nicht zufällig finden sich Rechtsschutz und Eingriffsbefugnisse im Buchtitel wieder. Detailliert erörtert werden der verwaltungsgerichtliche Eilrechtsschutz, der verwaltungsgerichtliche Hauptsachenrechtsschutz, der verfassungsgerichtliche Rechtsschutz auf Bundes- und Landesebene sowie der Europäische Rechtsschutz. Schließlich wird das Versammlungsstrafrecht näher untersucht. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis erleichtert das schnelle Auffinden der gesuchten versammlungsrechtlichen Information.

Herausgeber und Verfasser decken die Arbeitsfelder derjenigen ab, die sich von Berufs wegen mit dem Versammlungsrecht befassen. Sie sind in Judikative und Exekutive, als Rechtsanwalt oder als Staatsrechtslehrer tätig. Als ausgewiesene Experten und Praktiker sind sie allesamt in besonderer Weise mit dem Versammlungsrecht verbunden. Diese Mi-

³ Instruktiv hierzu *Winkler*, Geschichte des Westens. Die Zeit der Gegenwart, 2015, 441 ff.

⁴ So der Berliner Polizeipräsident *Kandt* in seiner Eigenschaft als Versammlungsbehörde, zit. nach Berliner Zeitung vom 29. 12. 2014, S. 9.

⁵ „Sie können die Versammlungsanmeldung bequem und schnell direkt online über unsere Internetwache vornehmen.“ (Homepage des Polizeipräsidenten in Berlin), www.berlin.de/polizei/service/versammlungsbehoerde.

⁶ *Hesse*, Grundzüge des Verfassungsrechts, 1999, Rn. 404.

schung dient dem erklärten Ziel und dem weitgefächerten Ansatz des Handbuches, einen gleichermaßen umfassenden wie sachkundigen Blick auf das Versammlungsrecht zu gewährleisten.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum sind weitestgehend bis Juni 2015 berücksichtigt.

Herausgeber und Verfasser danken dem C.H.Beck Verlag für die großzügige Unterstützung. Ohne die tatkräftige und geduldige Hilfestellung von Herrn Dr. Rolf-Georg Müller und Frau Dr. Katja Haberzettl hätte das Buch nicht erscheinen können. Die Herausgeber sind darüber hinaus den einzelnen Verfassern zu großem Dank für ihre engagierte und zuverlässige Mitarbeit verpflichtet.

Corrigenda et addenda werden gern unter peters30@live.com oder janz@uni-potsdam.de entgegen genommen.

Berlin/Rostock, im Juli 2015

*Wilfried Peters
Norbert Janz*


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aktuelle Bearbeiter

Herausgeber

Dr. Wilfried Peters
Vizepräsident des Verwaltungsgerichts
Berlin

und

Prof. Dr. Norbert Janz
Apl. Professor an der Universität Potsdam, Ministerialrat, Landesrechnungshof
Brandenburg
Potsdam

Bearbeiter

Sebastian Brinsa
Vorsitzender Richter am Landgericht
Berlin

Stephan Groscurth
Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht
Berlin

Prof. Dr. Mathias Hong
Professor an der Hochschule für öffentliche Verwaltung
Kehl

Prof. Dr. Norbert Janz
Apl. Professor an der Universität Potsdam, Ministerialrat, Landesrechnungshof
Brandenburg
Potsdam

Dr. Johannes Lux
Richter am Verwaltungsgericht
Berlin

Dr. Wilfried Peters
Vizepräsident des Verwaltungsgerichts
Berlin

Dr. Stefan Ripke
Oberregierungsrat, Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr
Hannover

Oliver Tölle
Kriminaldirektor, Polizei
Berlin

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Im Einzelnen haben bearbeitet

| | | |
|------------------------|---------|--|
| Sebastian Brinsa | I. | Versammlungsstrafrecht |
| Stephan Groscurth | G. | Eingriffsbefugnisse |
| Prof. Dr. Mathias Hong | B.I. | Die Versammlungsfreiheit. Verfassungsrechtliche Gewährleistung im Bund |
| | H.II.1. | Gerichtlicher Rechtsschutz. Verfassungsrechtlicher Rechtsschutz. Bundesebene |
| Prof. Dr. Norbert Janz | A.I. | Überblick über die Entwicklung der Versammlungsfreiheit. Deutsche Entwicklung |
| | B.II. | Die Versammlungsfreiheit. Verfassungsrechtliche Gewährleistung in den Ländern |
| | H.II.2. | Gerichtlicher Rechtsschutz. Verfassungsrechtlicher Rechtsschutz. Landesebene |
| Dr. Johannes Lux | D. | Die bundesgesetzliche Ausgestaltung des Versammlungsrechts |
| Oliver Tölle | E. | Ausgestaltung der Versammlungsfreiheit im Landesrecht |
| Dr. Wilfried Peters | F. | Versammlungsrechtliche Pflichten und Verbote |
| | H.I. | Gerichtlicher Rechtsschutz. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz |
| Dr. Stefan Ripke | A.II. | Überblick über die Entwicklung der Versammlungsfreiheit. Internationale und Europäische Entwicklungslinien |
| | C. | Internationale und Europäische Gewährleistungen |
| | H.III. | Gerichtlicher Rechtsschutz. Europäischer und Internationaler Rechtsschutz |

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

| | |
|---|-------|
| Vorwort zur 2. Auflage | V |
| Vorwort zur 1. Auflage | VII |
| Aktuelle Bearbeiter | XI |
| Im Einzelnen haben bearbeitet | XIII |
| Inhaltsverzeichnis | XVII |
| Abkürzungsverzeichnis | XXIX |
| Literaturverzeichnis | XXXIX |
| Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur | LV |

A. Überblick über die Entwicklung der Versammlungsfreiheit

| | |
|---|----|
| I. Deutsche Entwicklung | 3 |
| II. Internationale und Europäische Entwicklungslinien | 17 |

B. Die Versammlungsfreiheit

| | |
|---|-----|
| I. Verfassungsrechtliche Gewährleistung im Bund | 31 |
| II. Verfassungsrechtliche Gewährleistung in den Ländern | 104 |

C. Internationale und Europäische Gewährleistungen

| | |
|---|-----|
| I. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Art. 21) | 116 |
| II. Europäische Menschenrechtskonvention (Art. 11) | 128 |
| III. Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Art. 12) | 157 |
| IV. Sonstige unionsrechtliche Gewährleistungen | 167 |
| V. Kompetenzverteilung Europäische Union/Bund/Länder bei der Gesetzgebung | 170 |

D. Die bundesgesetzliche Ausgestaltung des Versammlungsrechts

| | |
|--|-----|
| I. Das Versammlungsgesetz des Bundes | 175 |
| II. Der Regelungsgegenstand des Versammlungsgesetzes | 178 |
| III. Die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit durch das Versammlungsgesetz | 205 |
| IV. Die Rechtsstellung der Beteiligten am Versammlungsgeschehen | 211 |

E. Ausgestaltung der Versammlungsfreiheit im Landesrecht

| | |
|---|-----|
| I. Landesversammlungsgesetze | 225 |
| II. Die Versammlungsrechtslage im Überblick | 243 |
| III. Zusammenfassung/Ausblick | 255 |

F. Versammlungsrechtliche Pflichten und Verbote

| | |
|---|-----|
| I. Anmeldung | 257 |
| II. Kooperationsgebot | 267 |
| III. Uniformierungsverbot | 272 |
| IV. Waffenverbot | 275 |
| V. Verbot von Schutzwaffen und Vermummung | 277 |
| VI. Störungsverbot | 281 |

G. Eingriffsbefugnisse

| | |
|--|-----|
| I. Allgemeines | 283 |
| II. Normen und Systematik | 285 |
| III. Behördliche Befugnisse (Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel) | 285 |
| IV. Behördliche Befugnisse (Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen) | 371 |

Inhaltsübersicht

| | |
|--|-----|
| V. Eingriffsbefugnisse gegenüber nicht-öffentlichen Versammlungen | 379 |
| H. Gerichtlicher Rechtsschutz | |
| I. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz | 382 |
| II. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz | 407 |
| III. Europäischer und Internationaler Rechtsschutz | 426 |
| I. Versammlungsstrafrecht | |
| I. Ausgestaltung und gesetzgeberische Intention | 436 |
| II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Versammlungsteilnehmers und außenstehender Dritter (Versammlungsgesetz des Bundes) | 441 |
| III. Besondere strafrechtliche Verantwortlichkeit des Versammlungsleiters und des Veranstalters | 480 |
| IV. Ordnungswidrigkeiten | 490 |
| V. Nebenfolgen der Tat | 494 |
| VI. Landesrechtliche Regelungen | 495 |
| Sachregister | |


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-------|
| Vorwort zur 2. Auflage | V |
| Vorwort zur 1. Auflage | VII |
| Aktuelle Bearbeiter | XI |
| Im Einzelnen haben bearbeitet | XIII |
| Inhaltsübersicht | XV |
| Abkürzungsverzeichnis | XXIX |
| Literaturverzeichnis | XXXIX |
| Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur | LV |

A. Überblick über die Entwicklung der Versammlungsfreiheit

| | |
|---|----|
| I. Deutsche Entwicklung | 3 |
| 1. Anfänge einer Versammlungsfreiheit | 3 |
| 2. Frühe Konflikte und Kodifikationen | 5 |
| a) Paulskirchenverfassung | 7 |
| b) Zwischen Paulskirche und Kaiserreich | 8 |
| c) Kaiserreich | 9 |
| d) Weimarer Reichsverfassung | 10 |
| 3. Drittes Reich | 12 |
| 4. Neubeginn ab 1945 | 13 |
| 5. Genese des Art. 8 GG | 15 |
| 6. DDR | 15 |
| 7. Verfassungen der Neuen Länder ab 1990 | 17 |
| II. Internationale und Europäische Entwicklungslinien | 17 |
| 1. Vorgeschichte | 17 |
| a) Anglo-amerikanische Vorläufer | 18 |
| b) Französisch-belgische Vorläufer | 19 |
| 2. Vereinte Nationen und Europarat | 20 |
| 3. Europäische Union | 23 |
| a) Gemeinschaftsgrundrechte als Allgemeine Rechtsgrundsätze | 23 |
| b) Spruchpraxis zur Versammlungsfreiheit | 24 |
| c) Grundrechtecharta | 26 |

B. Die Versammlungsfreiheit

| | |
|--|----|
| I. Verfassungsrechtliche Gewährleistung im Bund | 31 |
| 1. Gravitationszentrum der Versammlungsfreiheit: Das Recht auf freie politische Rede als Ausprägung der freien Persönlichkeitsentfaltung | 31 |
| 2. Auslegungsleitlinien: Hoher Rang – Schutz von Minderheiten – Entwicklungsfähigkeit des Grundrechts | 34 |
| 3. Gewährleistungsgehalt des Art. 8 Abs. 1 GG | 35 |
| a) Versammlungsbegriff: Ausrichtung auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung | 35 |
| b) Allgemeines zum inhaltlichen Gewährleistungsumfang | 37 |
| c) Friedlichkeit | 41 |
| d) Demonstrative Blockaden und selbsthilfeähnliche Durchsetzung von Forderungen | 42 |
| e) Waffenlosigkeit | 43 |
| f) Ortswahlfreiheit und öffentliches Forum („public forum“) | 44 |

| | |
|--|----|
| g) Verhinderungsabsicht und kritische Versammlungsteilnahme | 46 |
| h) Grundrechtsträger | 46 |
| i) Verhältnis zu anderen Grundrechten | 47 |
| 4. Eingriffe in die Versammlungsfreiheit | 48 |
| a) Eingriffsbegriff: Eingriff im herkömmlichen Sinn, „funktionale Äquivalente“, einschüchternde Maßnahmen – und (nichteingreifende) „Beeinträchtigungen“ | 48 |
| b) Versammlungsrechtliche Verfügungen – Sanktionen und Gebühren | 48 |
| c) Zivilrechtliche Versammlungsverbote öffentlich beherrschter Unternehmen und ihre gerichtliche Bestätigung als Eingriffe (Fraport-Urteil) | 49 |
| d) Faktische Verdrängung, Beobachtung und Informationserhebung, „Gefährderansprache“ und Durchsuchungen | 49 |
| e) Amtliche Äußerungen („government speech“) als Eingriffe oder „Beeinträchtigungen“ von Grundrechten | 50 |
| 5. Rechtfertigung von Eingriffen: Allgemeines und Schrankensystematik | 51 |
| a) Allgemeine Schrankenforderungen | 51 |
| b) Vorbehalt des Gesetzes (Parlamentsvorbehalt): Hohe Anforderungen für Beschränkungen der Versammlungsfreiheit | 52 |
| c) Konkretisierung der Verhältnismäßigkeit durch grundrechtliche Eingriffsschwellen | 54 |
| d) Wesensgehalt (Art. 19 Abs. 2 GG) (und Menschenwürdegehalt) der Versammlungsfreiheit als lex specialis zum Verhältnismäßigkeitsgrundsatz | 54 |
| e) Zitiergebot (Art. 19 Abs. 1 S. 2 GG) | 54 |
| f) Schutz kollidierender Verfassungsrechts (verfassungsimmanente Schranken) als besondere Anforderung in geschlossenen Räumen: Ausschluss von Schrankenübertragungen | 55 |
| g) Inhaltsbezogene Versammlungsbeschränkungen in geschlossenen Räumen berühren (insoweit) nur die Meinungsfreiheit, nicht die Versammlungsfreiheit | 56 |
| h) Versammlung „unter freiem Himmel“ (Art. 8 Abs. 2 GG) – Definition ... | 56 |
| i) Weitere Beschränkungsregelungen – und ihr abschließender Charakter (Art. 9 Abs. 2, Art. 21 Abs. 2, Art. 17a Abs. 1, Art. 18, Art. 21 Abs. 2 bis 4 und Art. 26 GG) | 57 |
| 6. Rechtfertigung von Eingriffen und Beeinträchtigungen bei Versammlungen unter freiem Himmel | 58 |
| a) Anmeldefreiheit und Erlaubnisfreiheit („ohne Anmeldung oder Erlaubnis“) | 58 |
| b) Anmeldefreiheit: Spontan- und Eilversammlungen und Sanktionierungsverbote für Verstöße gegen die Anmeldepflicht | 59 |
| c) Erlaubnisfreiheit: Bannmeilen – kommunikativer Gemeingebrauch – öffentliche Foren in Privateigentum | 60 |
| d) Verbote und Auflösungen: Eingriffsschwelle der unmittelbaren Gefährdung wichtiger, im Wesentlichen nur elementarer Rechtsgüter | 61 |
| e) Verbote und Auflösungen: Konkretisierung der Schwelle wichtiger Rechtsgüter | 63 |
| f) COVID-19 Pandemie: Totalverbote (Verhältnismäßigkeit und Wesensgehaltsgarantie) und Erlaubnisvorbehalte (Parlamentsvorbehalt und Verhältnismäßigkeit) | 65 |
| g) COVID-19 Pandemie: Verbote und Auflösungen (Parlamentsvorbehalt und Eingriffsschwelle der unmittelbaren Gefahr) | 68 |

| | |
|---|----|
| h) Feiertagsschutz als Grundlage nur für ein nicht „befreiungsfestes“ Verbot für Unterhaltungsveranstaltungen an „stillen Tagen“ | 70 |
| i) Beschränkende Verfügungen („Auflagen“) und sonstige Eingriffe unterhalb der Versammlungsuntersagung: Eingriffsschwelle der unmittelbaren Gefährdung gleichwertiger Rechtsgüter | 71 |
| j) Vorrang der (nachträglichen) Auflösung vor dem (vorhergehenden) Verbot – Vorrang von Ausschlüssen und Auflagen vor Verbot und Auflösung | 73 |
| k) Ausschluss einzelner Teilnehmer und sonstige Unterbindung der Versammlungsteilnahme | 73 |
| l) Verbot, Auflösung oder Ausschluss als Voraussetzung teilnahmeverhindernder Maßnahmen – „Polizeirechtsfestigkeit“ der Versammlung und „Minusmaßnahmen“ | 74 |
| m) Demonstrative Blockaden | 75 |
| n) Gegendemonstrationen und „Verhinderungsblockaden“: Vorrang der Ausgangsdemonstration | 76 |
| o) Anreisebehinderungen, Kontrollstellen und Durchsuchungen | 78 |
| p) Ortswahlfreiheit: Flächenverbote und räumliche Auflagen | 78 |
| q) Öffentliche Foren | 79 |
| r) Veranstalterpflicht und Leiterpflicht | 80 |
| s) Vermummung | 80 |
| t) Schutzausrüstung („Schutzwaffen“) | 81 |
| u) Beobachtung, Registrierung, Entsendung von Polizeibeamten und Identitätsfeststellungen – Einschüchterungswirkung („chilling effect“) | 81 |
| v) Amtliche Äußerungen zu Versammlungen: Neutralitätsgebot (Chancengleichheit der Parteien), Sachlichkeitsgebot – und der „Wille zur Verfassung“ (Hesse) | 83 |
| 7. Rechtfertigung bei Versammlungen in geschlossenen Räumen | 85 |
| 8. Fortwirkungen des grundrechtlichen Abwehrrechts auch nach einem Wegfall des Teilnahmeschutzes | 86 |
| a) Begrenzte Wirkung rechtmäßiger Verbots-, Auflösungs- oder Ausschlussverfügungen oder des Unfriedlichwerdens einer Versammlung | 86 |
| b) Rechtmäßigkeit versammlungsrechtlicher Verfügungen als Voraussetzung für Sanktionen (Rechtmäßigkeitszusammenhang) | 87 |
| c) Kostenfreiheit der Grundrechtsausübung und dadurch veranlasster Amtshandlungen | 88 |
| 9. Schutz und Gewährleistung | 89 |
| a) Versammlungsrecht als Freiheitsermöglichungsrecht – Ausstrahlungswirkung | 89 |
| b) Kooperationspflicht der Behörden – Kooperationsvorteile für die Grundrechtsträger | 89 |
| c) Organisation und Verfahren: Versammlungsfreundlichkeit – Hinauszögerungsverbot – Ankündigungspflichten | 90 |
| d) Öffentliche Leistungen und Nutzungsüberlassungen – Kontrahierungszwang | 90 |
| 10. Anforderungen an verwaltungsgerichtlichen Rechtsschutz (Art. 8 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 19 Abs. 4 GG) | 91 |
| a) Eilrechtsschutz | 91 |
| b) Fortsetzungsfeststellungsinteresse | 91 |
| 11. Inhaltsbezogene Beschränkungen – Verhältnis von Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit | 92 |
| a) Grenzen für Meinungsinhalte nur aus Art. 5 Abs. 2 GG | 92 |

| | |
|---|-----|
| b) Trennungsmodell (Doppelwirkung) statt Schrankenleihe für inhaltsbezogene Beschränkungen | 92 |
| c) Zensurverbot (Art. 5 Abs. 1 S. 3 GG): Verbot präventiver Inhaltskontrolle insbesondere durch Anmelde-, Anzeige- und Erlaubnisverfahren | 94 |
| d) Öffentliche Ordnung, öffentlicher Friede und inhaltsbezogene Beschränkungen | 95 |
| e) Versammlungen an Gedenktagen oder Orten mit eindeutiger historischer Symbolkraft | 98 |
| f) Militanzverbote und Uniformverbote | 100 |
| g) Sonderrechtsverbot als Verbot der Standpunktdiskriminierung | 101 |
| h) Kollidierendes Verfassungsrecht | 102 |
| i) Streitbare Demokratie und Kritik an der Verfassung | 103 |
| II. Verfassungsrechtliche Gewährleistung in den Ländern | 104 |
| 1. Regelungen in den 16 Landesverfassungen | 105 |
| 2. Zum Verhältnis von Bundes- und Landesgrundrechten | 106 |
| 3. Übereinstimmungen und Abweichungen | 108 |
| a) Kongruenzen mit dem Grundgesetz | 108 |
| b) Divergenzen mit dem Grundgesetz | 108 |
| 4. Grundrechtsträger | 109 |
| 5. Sich versammeln | 109 |
| 6. Versammlungen und Demonstrationen | 110 |
| 7. Friedlichkeit und Waffenlosigkeit | 110 |
| 8. Versammlungszweck | 111 |
| 9. Erlaubnisfreiheit | 111 |
| 10. Ohne Anmeldung | 111 |
| 11. Anmeldepflicht | 111 |
| 12. Grundrechtsschranken | 111 |
| 13. Ergebnis | 113 |
| C. Internationale und Europäische Gewährleistungen | |
| I. Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte (Art. 21) | 116 |
| 1. Allgemeines | 116 |
| a) Bedeutung der Versammlungsfreiheit des Art. 21 IPbPR für die deutsche Rechtsordnung | 116 |
| b) Funktion und Rechtscharakter | 117 |
| 2. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit | 118 |
| a) Versammlung | 118 |
| b) Friedlichkeit der Versammlung | 121 |
| c) Geschütztes Verhalten | 122 |
| d) Persönlicher Schutzbereich | 122 |
| e) Gewährleistungsdimensionen | 123 |
| 3. Eingriffe in den Schutzbereich | 123 |
| 4. Schrankensystematik | 124 |
| a) Schranken | 124 |
| b) Schranken-Schranken | 126 |
| 5. Korrespondenzverbürgungen | 127 |
| II. Europäische Menschenrechtskonvention (Art. 11) | 128 |
| 1. Allgemeines | 128 |
| a) Bedeutung der Versammlungsfreiheit des Art. 11 EMRK für die deutsche Rechtsordnung | 128 |
| b) Kommunikationsfreiheit | 131 |

| | |
|--|-----|
| c) Rechtscharakter | 133 |
| 2. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit | 133 |
| a) Versammlung | 133 |
| b) Friedlichkeit der Versammlung | 139 |
| c) Anmeldepflichten und Genehmigungserfordernisse für Versammlungen auf öffentlichen Straßen | 141 |
| d) Geschütztes Verhalten | 142 |
| e) Persönlicher Schutzbereich | 143 |
| f) Gewährleistungsdimensionen | 144 |
| 3. Eingriffe in den Schutzbereich | 145 |
| 4. Schrankensystematik | 146 |
| a) Schranken | 146 |
| b) Schranken-Schranken | 151 |
| 5. Korrespondenzverbürgungen | 155 |
| a) Meinungsfreiheit | 155 |
| b) Religionsfreiheit | 156 |
| c) Vereinigungsfreiheit | 156 |
| d) Freizügigkeit | 156 |
| III. Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Art. 12) | 157 |
| 1. Allgemeines | 157 |
| a) Inhaltsbestimmung | 157 |
| b) Funktion und Rechtscharakter | 159 |
| 2. Schutzbereich der Versammlungsfreiheit | 159 |
| a) Versammlung | 159 |
| b) Friedlichkeit der Versammlung | 161 |
| c) Geschütztes Verhalten | 162 |
| d) Persönlicher Schutzbereich | 163 |
| e) Gewährleistungsdimensionen | 163 |
| 3. Eingriffe in den Schutzbereich | 164 |
| 4. Rechtfertigung | 165 |
| a) Schranken | 165 |
| b) Schranken-Schranken | 166 |
| 5. Korrespondenzverbürgungen | 166 |
| IV. Sonstige unionsrechtliche Gewährleistungen | 167 |
| 1. Grundrechtsfindung | 167 |
| 2. Versammlungsfreiheit als ungeschriebenes Unionsgrundrecht aus der Rechtsquelle des Art. 6 Abs. 3 EUV | 168 |
| 3. Anwendungsbereich der ungeschriebenen Versammlungsfreiheit | 169 |
| V. Kompetenzverteilung Europäische Union/Bund/Länder bei der Gesetzgebung | 170 |
| D. Die bundesgesetzliche Ausgestaltung des Versammlungsrechts | |
| I. Das Versammlungsgesetz des Bundes | 175 |
| 1. Gesetzgebungskompetenz | 176 |
| 2. Übersicht über Aufbau und Regelungen des Versammlungsgesetzes | 177 |
| II. Der Regelungsgegenstand des Versammlungsgesetzes | 178 |
| 1. Bestandsaufnahme zu den Begrifflichkeiten des Versammlungsgesetzes | 178 |
| 2. Wesensmerkmale einer Versammlung im Sinne des Versammlungsgesetzes | 181 |
| a) Freiwillige Zusammenkunft mehrerer Personen am Versammlungsort | 182 |
| b) Dauer | 183 |

| | |
|---|-----|
| c) Stationäre Zusammenkunft | 184 |
| d) Verbindender Zweck | 184 |
| e) Die Abgrenzung zur Nicht-Versammlung, insbesondere bei „gemischten“ Veranstaltungen | 186 |
| f) Vergleich mit dem Versammlungsbegriff des Grundgesetzes | 195 |
| 3. Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen | 196 |
| 4. Öffentliche und nicht-öffentliche Versammlungen | 198 |
| 5. Lang- und kurzfristig geplante und spontane Versammlungen | 200 |
| 6. Aufzüge | 201 |
| 7. Demonstrationen | 203 |
| 8. Vorfeld und Nachwirkung des Versammlungsgeschehens | 204 |
| 9. Sonstige Veranstaltungen im Sinne des Versammlungsgesetzes | 204 |
| III. Die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit durch das Versammlungsgesetz | 205 |
| 1. Freie Wahl des Ortes | 205 |
| a) Nutzung öffentlicher Flächen | 206 |
| b) Bannteile/Befriedete Bezirke | 207 |
| c) Geschützte Orte | 207 |
| d) Nutzung privater Flächen | 207 |
| e) Konkurrierende Veranstaltungen | 208 |
| 2. Freie Wahl der Zeit | 209 |
| 3. Freie Wahl der Gestaltung | 209 |
| IV. Die Rechtsstellung der Beteiligten am Versammlungsgeschehen | 211 |
| 1. Veranstalter, Anmelder | 211 |
| 2. Leiter | 212 |
| 3. Ordner | 214 |
| 4. Teilnehmer | 215 |
| 5. Versammlungsbehörde | 216 |
| 6. Polizei | 220 |
| 7. Medienvertreter | 221 |
| E. Ausgestaltung der Versammlungsfreiheit im Landesrecht | |
| I. Landesversammlungsgesetze | 225 |
| 1. Musterentwurf (ME VersG) | 226 |
| 2. Landesrechtliche Regelungen | 228 |
| a) Baden-Württemberg | 228 |
| b) Bayern | 229 |
| c) Berlin | 232 |
| d) Brandenburg | 234 |
| e) Bremen | 235 |
| f) Hamburg | 235 |
| g) Hessen | 235 |
| h) Mecklenburg-Vorpommern | 235 |
| i) Niedersachsen | 235 |
| j) Nordrhein-Westfalen | 237 |
| k) Rheinland-Pfalz | 237 |
| l) Saarland | 238 |
| m) Sachsen | 238 |
| n) Sachsen-Anhalt | 239 |
| o) Schleswig-Holstein | 240 |
| p) Thüringen | 242 |

| | |
|---|-----|
| II. Die Versammlungsrechtslage im Überblick | 243 |
| 1. Allgemeines | 243 |
| 2. Die einzelnen Regelungsbereiche | 244 |
| a) Anpassung an die Verfassungsrechtsprechung | 244 |
| b) Gestaltungsfragen | 249 |
| c) Behördlicher Handlungsrahmen | 252 |
| III. Zusammenfassung/Ausblick | 255 |

F. Versammlungsrechtliche Pflichten und Verbote

| | |
|---|-----|
| I. Anmeldung | 257 |
| 1. Anmeldepflicht | 257 |
| a) Zweck und Rechtsnatur | 257 |
| b) Verpflichteter | 260 |
| 2. Anmeldeverfahren | 262 |
| a) Frist und Form | 262 |
| b) Anmeldeangaben | 263 |
| c) Behördliche Zuständigkeit | 266 |
| 3. Unterlassen der Anmeldung/Anzeige | 266 |
| 4. Ausnahmen: Spontan- und Eilversammlung | 266 |
| II. Kooperationsgebot | 267 |
| 1. Inhalt allgemein | 267 |
| a) Pflichten der Behörde | 267 |
| b) Mitwirkung des Veranstalters der Versammlung | 270 |
| c) Weitere Beteiligte | 271 |
| 2. Spezielle Kooperationsverpflichtungen | 271 |
| a) Kooperationsobliegenheiten | 272 |
| b) Kooperationspflichten | 272 |
| III. Uniformierungsverbot | 272 |
| IV. Waffenverbot | 275 |
| V. Verbot von Schutzwaffen und Vermummung | 277 |
| 1. Schutzwaffen | 277 |
| 2. Vermummung | 279 |
| 3. Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten | 280 |
| 4. Anordnungen | 280 |
| VI. Störungsverbot | 281 |

G. Eingriffsbefugnisse

| | |
|---|-----|
| I. Allgemeines | 283 |
| II. Normen und Systematik | 285 |
| III. Behördliche Befugnisse (Öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel) | 285 |
| 1. Überblick | 285 |
| 2. Verbot, Auflage und Beschränkungen | 286 |
| 3. Eingriffsvoraussetzungen | 286 |
| a) Anwendbarkeit des VersG | 286 |
| b) Anwendbares Versammlungsrecht | 300 |
| c) Tatbestand | 301 |
| 4. Rechtsfolgen | 336 |
| a) Ermessen | 336 |

| | |
|---|-----|
| b) Verbot | 337 |
| c) Auflage/Beschränkungen | 340 |
| d) Auflösung | 351 |
| 5. Handlungsform und Verfahren | 354 |
| a) Verwaltungsakt | 354 |
| b) Allgemeinverfügung | 355 |
| c) Anhörung | 357 |
| d) Sofortvollzug | 358 |
| 6. Weitere Maßnahmen und Befugnisse | 359 |
| a) Ausschluss einzelner Versammlungsteilnehmer | 359 |
| b) Bild- und Tonaufzeichnungen | 360 |
| c) Warnung vor Demonstrationen | 365 |
| d) Gebühren und Kosten | 367 |
| e) Versammlungsbestätigung | 369 |
| f) Anwesenheit von Polizeibeamten | 370 |
| IV. Behördliche Befugnisse (Öffentliche Versammlungen in geschlossenen Räumen) | 371 |
| 1. Allgemeines | 371 |
| 2. Eingriffsbefugnisse | 372 |
| a) Anwendungsbereich | 373 |
| b) Voraussetzungen | 374 |
| c) Verantwortlicher | 377 |
| d) Rechtsfolgen | 377 |
| e) Länderspezifische Besonderheiten | 378 |
| f) Formelle Fragen | 379 |
| V. Eingriffsbefugnisse gegenüber nicht-öffentlichen Versammlungen | 379 |
| H. Gerichtlicher Rechtsschutz | |
| I. Verwaltungsgerichtlicher Rechtsschutz | 382 |
| 1. Allgemeine Sachentscheidungsvoraussetzungen | 382 |
| a) Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges | 382 |
| b) Sachliche Zuständigkeit des Gerichts | 384 |
| c) Örtliche Zuständigkeit des Gerichts | 384 |
| d) Verfahrensbeteiligte | 386 |
| e) Beteiligten- und Prozessfähigkeit | 387 |
| f) Postulationsfähigkeit, Vertretung der Beteiligten | 387 |
| g) Prozessführungsbefugnis und Prozessstandschaft | 388 |
| h) Ordnungsgemäße Klage-/Antragserhebung | 388 |
| i) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis | 389 |
| j) Anderweitige Rechtshängigkeit | 389 |
| k) Entgegenstehende Rechtskraft | 390 |
| 2. Verwaltungsgerichtlicher Hauptsachenrechtsschutz | 390 |
| a) Gestaltungs- und Leistungsklagen | 390 |
| b) Feststellungsklagen | 392 |
| c) Klagebefugnis | 394 |
| d) Feststellungsinteresse | 395 |
| e) Vorverfahren | 397 |
| f) Klagefrist | 397 |
| g) Aktiv- und Passivlegitimation | 398 |
| h) Begründetheit der Klage | 398 |
| i) Entscheidungsform | 399 |

| | |
|---|-----|
| 3. Verwaltungsgerichtlicher Eilrechtsschutz | 400 |
| a) Aussetzungsantrag, § 80 Abs. 5 VwGO | 400 |
| b) Einstweilige Anordnung § 123 VwGO | 404 |
| 4. Rechtsmittel | 406 |
| a) Rechtsmittel im Hauptsacheverfahren | 406 |
| b) Rechtsmittel im Eilverfahren | 407 |
| c) Vertretungszwang | 407 |
| II. Verfassungsgerichtlicher Rechtsschutz | 407 |
| 1. Bundesebene | 407 |
| a) Gewährleistung der Versammlungsfreiheit durch das Bundesverfassungsgericht im System der Gewaltengliederung: Verhältnis zu Gesetzgeber und Fachgerichten | 407 |
| b) Rechtsschutz im Hauptsacheverfahren: Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde | 408 |
| c) Rechtsschutz im Hauptsacheverfahren: Begründetheit der Verfassungsbeschwerde | 409 |
| d) Eilrechtsschutz gemäß § 32 BVerfGG bei Versammlungsverboten: Prüfung offensichtlicher Grundrechtsverstöße | 411 |
| e) Eilrechtsschutz gegen versammlungsrechtliche „Auflagen“ | 412 |
| f) Bindungswirkung von Entscheidungen im Eilverfahren | 413 |
| g) Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts als Präjudizien – Bindungswirkung tragender Gründe und der präjudizielle Wert von obiter dicta | 413 |
| h) Kammerentscheidungen und ihr präjudizieller Wert | 415 |
| 2. Landesebene | 416 |
| a) Einführung | 416 |
| b) Verfassungsgerichtsbarkeit in den Ländern | 416 |
| c) Die Versammlungsfreiheit in der Rechtsprechung der Landesverfassungsgerichte | 417 |
| d) Zusammenfassung | 424 |
| III. Europäischer und Internationaler Rechtsschutz | 426 |
| 1. Rechtsschutz vor EGMR und MRA | 426 |
| a) Allgemeines | 426 |
| b) Entscheidung und Verfahren | 426 |
| c) Zulässigkeit von Individualbeschwerden | 427 |
| 2. Rechtsschutz im Unionsrecht | 432 |
| a) Rechtsschutz gegenüber EU-Organen | 432 |
| b) Rechtsschutz gegenüber Mitgliedstaaten | 433 |

I. Versammlungsstrafrecht

| | |
|---|-----|
| I. Ausgestaltung und gesetzgeberische Intention | 436 |
| 1. Nebenstrafrechtliche Systematik | 436 |
| 2. Geltung allgemeiner Vorschriften | 436 |
| a) Täterschaft | 437 |
| b) Teilnahme | 437 |
| c) Versuch | 437 |
| d) Vorsatz | 438 |
| e) Irrtum | 438 |
| f) Rechtfertigungsgründe | 438 |
| g) Schuld | 439 |
| h) Konkurrenzen | 439 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| i) Strafraumen | 439 |
| j) Strafzumessung | 439 |
| k) Verjährung | 440 |
| II. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Versammlungsteilnehmers und außenstehender Dritter (Versammlungsgesetz des Bundes) | 441 |
| 1. Strafrechtliche Vorschriften zum Schutz der Versammlungsdurchführung | 441 |
| a) § 21 VersG (Vereitelung von Versammlungen und Aufzügen) | 441 |
| b) § 22 VersG (Widerstand gegen Versammlungsleiter und Ordner) | 448 |
| 2. Strafrechtlicher Schutz ordnungsrechtlicher Verfügungen (§ 23 VersG) | 454 |
| a) Systematik | 454 |
| b) Tatbestandsvoraussetzungen | 456 |
| c) Konkurrenzen | 460 |
| 3. Strafrechtlicher Schutz der öffentlichen und individuellen Sicherheit | 461 |
| a) § 27 VersG (Bewaffnungs- und Vermummungsverbot) | 461 |
| b) § 28 VersG (Verstoß gegen das Uniformierungsverbot) | 477 |
| III. Besondere strafrechtliche Verantwortlichkeit des Versammlungsleiters und des Veranstalters | 480 |
| 1. § 24 VersG (Verwendung bewaffneter Ordner) | 480 |
| a) Systematik | 480 |
| b) Tatbestandsvoraussetzungen | 481 |
| c) Rechtswidrigkeit | 482 |
| d) Konkurrenzen | 482 |
| 2. § 25 VersG (Abweichende Durchführung von Versammlungen und Aufzügen) | 483 |
| a) Systematik | 483 |
| b) Tatbestandsvoraussetzungen | 483 |
| c) Weitere Strafbarkeitsvoraussetzung | 486 |
| d) Konkurrenzen | 486 |
| 3. § 26 VersG (Durchführung verbotener oder nicht angemeldeter Veranstaltungen) | 486 |
| a) Systematik | 486 |
| b) Tatbestandsvoraussetzungen | 487 |
| c) Weitere Strafbarkeitsvoraussetzung | 489 |
| d) Konkurrenzen | 490 |
| IV. Ordnungswidrigkeiten | 490 |
| 1. § 29 Abs. 1 VersG | 491 |
| a) Nr. 1 | 491 |
| b) Nr. 1a | 491 |
| c) Nr. 2 | 491 |
| d) Nr. 3 | 492 |
| e) Nr. 4 | 492 |
| f) Nr. 5 | 492 |
| g) Nr. 6 | 493 |
| h) Nr. 7 | 493 |
| i) Nr. 8 | 493 |
| 2. § 29a VersG | 493 |
| V. Nebenfolgen der Tat | 494 |
| VI. Landesrechtliche Regelungen | 495 |
| 1. Bayern | 495 |
| 2. Niedersachsen | 496 |

| | |
|-----------------------------|-----|
| 3. Sachsen | 497 |
| 4. Sachsen-Anhalt | 497 |
| 5. Schleswig-Holstein | 497 |
| 6. Berlin | 498 |
| Sachregister | 501 |


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG